



Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

nun ist es heraus. Innenminister Reinhold Gall hat die Standorte für die künftig zwölf Regionalpräsidien der Polizei in Baden-Württemberg genannt, dazu die drei Präsidien für Einsatz, Technik und Bildung. Mit der Reform wird der – je nach Sichtweise – drei- respektive vierstufige Aufbau der baden-württembergischen Polizei um eine Ebene verflacht. An der Spitze dirigiert weiterhin das Landespolizeipräsidium im Stuttgarter Innenministerium den Sicherheitsapparat. Am anderen Ende der Pyramide bleiben die 146 Polizeireviere und knapp 360 Polizeiposten unangetastet.

Den künftigen Polizeipräsidien nachgeordnet sind die Kriminaldirektionen und Kriminalkommissariate. Der von zahlreichen Mosbacher Polizisten im persönlichen Gespräch geäußerte Wunsch für einen Zusammenschluss des Neckar-Odenwalds mit Heilbronn konnte erfüllt werden.

Der Innenminister unternimmt mit seiner Reform nur dies, was in der freien Wirtschaft schon lange Gang und Gäbe ist: Er verflacht die Hierarchien, um Synergieeffekte zu schöpfen. Die Reform durchbricht damit sektoral den traditionellen Verwaltungsaufbau des Landes.

Wenn es bei der Polizei künftig zwölf Regionen, aber keine Kreise und auch keine Regierungspräsidien mehr gibt, so bangen die Landräte, könnte dies das Fanal für eine allgemeine Verwaltungsreform sein. Doch selbst ein versierter Laie kann erkennen, dass der Zuschnitt der neuen Polizeidirektionen in keiner Weise für eine Reorganisation von Landkreisen dienen kann. Die Polizeireform bietet dafür kein Schnittmuster.

Kein Mensch kann sich der inneren Logik dieser Reform verschließen. Weshalb die Kritiker – neben den Kom-

munalverbänden ist dies die Opposition im Landtag – ihrem lauten „Aber“ immer ein leises „Ja“ voranstellen. In der Sache liegen sie aber daneben.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann sprach am Dienstag nach der Kabinettsitzung von einer „grundlegenden Reform der Polizei, die aus der Polizei heraus entstanden“ sei. Als erstes Ziel nannte Kretschmann, der Polizei eine stärkere Spezialisierung zu ermöglichen. Zweites Ziel sei, mehr Beamte in die Fläche zu bringen, drittens gehe es um die Einrichtung eines Kriminaldauerdienstes. Bis jetzt ist es so, dass etwa bei einem Gewaltverbrechen in der Nacht erst die Beamten aus den Betten geklingelt werden müssen. Künftig stehen Kriminalpolizisten Tag und Nacht in Bereitschaft.

Nach den Berechnungen der Projektgruppe im Innenministerium ergibt sich aus der Reform ein Effizienzgewinn von 650 Stellen im Polizeivollzugsdienst und von 240 Stellen im Nichtvollzugsdienst, also bei den „zivilen“ Mitarbeitern. Die frei werdenden Stellen sollen je zur Hälfte die Polizeireviere in der Fläche und die Kriminalpolizei verstärken.

Gall, „von einem Rückzug der Polizei aus der Fläche kann in keiner Weise gesprochen werden.“

„Was für ein schöner Sonntag“ - Bundesversammlung am 18. März 2012

Nicht nur für den neu gewählten Bundespräsidenten Joachim Gauck, sondern auch für mich als einem der 20 baden-württembergischen Wahlmänner/-frauen der SPD war dieser Wahlsonntag besonders eindrücklich.

Der 11. Bundespräsident der Republik wurde natürlich auch von mir gewählt. Ich bin mir ganz sicher, dass er dem Amt des Bundespräsidenten wieder den Stellenwert zurückgibt, den seine Vorgänger, die aus sehr unterschiedlichen Gründen den Belastungen des Amtes nicht gewachsen waren, verspielt hatten.

Ein Hauch von Geschichte wehte durch den Reichstag an diesem Sonntag, mit beeindruckenden Reden des Bun-

destagspräsidenten Prof. Dr. Lammert und des neu gewählten Bundespräsidenten Gauck.

Wenn auch der Wahlausgang nicht die Spannung der letzten Wahlgänge erzeugen konnte, verlieh gerade diese gelöste Stimmung, verbunden mit der Gewissheit, dass wir wirklich einen fähigen Präsidenten wählen, der Bundesversammlung einen besonderen Charakter.

Für mich war es ein erhebendes Gefühl zu erleben, dass bei aller Kritik an ihr, wir über alle Parteigrenzen hinweg über eine stabile und funktionierende Demokratie verfügen. Und diese Solidarität der Demokraten tut uns allen gut.



Es war mir eine große Freude dem frisch gewählten Bundespräsidenten zu gratulieren.



Interessante Begegnungen und Gespräche am Rande der Bundesversammlung mit Fernsehjournalist und Moderator Dr. Wieland Backes, Schauspielerin und Filmproduzentin Senta Beger, Comedystar Ingo Appelt, Fraktionsvorsitzendem der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier und Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft.

Zuversicht für eine erfolgreiche Konversion in Hardheim

Das von SPD-Landtagsfraktion initiierte zweite Konversationsgespräch in Hardheim zeigt erste Erfolge. SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Claus Schmiedel, SPD-Landtagsabgeordneter Georg Nelius, der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde, Bürgermeister Heribert Fouquet und andere Experten diskutierten kürzlich über die Zukunft der Konversionsgemeinden im Neckar-Odenwald.

Minister Alexander Bonde fand offene Worte: „Die Landesregierung in Baden-Württemberg fühlt sich bei der Bundeswehrreform und ihren Folgen vom Bund im Stich gelassen.“ Seit der Verkündung der Standortschließungen vor fünf Monaten habe die Bundesregierung den betroffenen Gemeinden nicht ansatzweise unter die Arme gegriffen, so Bonde weiter.

Nun hat heute der baden-württembergische Landtag einen auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag aller Fraktionen verabschiedet, der genau diese Problematik aufgreift.

In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass sich die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) an der Finanzierung der Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte beteiligt. Zudem soll der Bund schnellstmöglich einen Plan über die genauen Zeitpunkte der Standortschließungen vorlegen. Besondere Bedeutung für den Neckar-Odenwald-Kreis hat der Passus, nachdem der Auftrag der BIMA so geändert werden soll, dass sie der schwierigen Verwertung der Liegenschaften im ländlichen Raum noch besser gerecht werden kann.

Nelius betont, dass Baden-Württemberg von den Schließungen der Bundeswehrstandorte besonders hart getroffen sei und die Konversion vor allem den Ländlichen Raum vor größte Herausforderungen stelle. „Ich freue mich, dass sich auch das Land so engagiert in den Konversionsprozess einbringt und im Ländlichen Raum den Schwerpunkt für eine schnelle und wirksame Unterstützung sieht.“ so MdL Georg Nelius. „Die Landesregierung geht diese Aufgabe aktiv an. Dies hat auch Herr Ministerpräsident Kretschmann unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Ich werde daher gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen intensiv daran arbeiten, dass wir den betroffenen Kommunen durch strukturverbessernde Maßnahmen unter die Arme greifen können. Und dabei möchte ich mich nicht nur auf die Liegenschaften in Hardheim be-



schränken, sondern auch die in Mosbach und Waldürn-Altheim mit einbeziehen.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Schmiedel von der Leistungsfähigkeit des Mittelstands und Handwerks im Neckar-Odenwald beeindruckt

„Was wir besichtigen und erfahren konnten, bestätigt eindrucksvoll, was das Land stark macht: mittelständische, bodenständige und heimatverbundene Unternehmer mit dem Zuschnitt eines Dieter Goldschmitt, der sich kraftvoll für die Fortentwicklung des Mittelstandes im ländlichen Raum einsetzt.“ MdL Claus Schmiedel, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, sparte bei seinem Besuch im Technik-Center der Firma Goldschmitt zu dem MdL Georg Nelius eingeladen hatte, nicht mit Lob für den Reisemobil-Spezialisten, der rund 100 Beschäftigte zählt.

Neben Schmiedel und Nelius gehörten Gemeinderat Lars Eder (Hardheim) zur Delegation. Sie alle wurden von Firmenchef Dieter Goldschmitt mit Frau Gisela und leitenden Mitarbeitern begrüßt.

Ein informativer Rundgang schloss sich an, der eindrucksvoll veranschaulichte, dass sich die innovative Firma in verschiedenen Kompetenzbereichen für Reisemobile und leichte Nutzfahrzeuge europaweite Führungspositionen erarbeiten konnte z.B. mit Luftfedern, Höherlegungen, Stahlfedern sowie mit Nivelliersysteme und hydraulischen Hubstützen.

Dabei hob die Betriebsleitung hervor, dass die Sicherheit der Fahrzeuge höchsten Anforderungen standhalten müssten. Dabei könne man immer wieder feststellen, dass ausländische Anbieter mitunter weniger strenge Auflagen zu beachten hätten als deutsche.

In der Werkstatt bestaunten die Gäste nicht nur die aus allen Landesteilen stammenden Reisemobile, sondern auch Fahrzeuge aus fast allen europäischen Ländern.

Claus Schmiedel freute sich darüber, dass die Firma Goldschmitt mit überzeugenden Entwicklungen den Weltmarkt bediene und dadurch die Infrastruktur im ländlichen Raum erheblich stärke und erhalte. Ziel sei es, Stärke auch in der Fläche und nicht nur in Ballungsräumen zu erhalten.

Claus Schmiedel sicherte zu, sich durch die beabsichtigte Einführung eines „High-Tech-Gutscheins“ für die Stärkung des ländlichen Raumes einzusetzen, wobei Betriebe mit einer Unterstützung bis zu 20 000 Euro rechnen könnten. Das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ werde beibehalten, um das Land in seiner Struktur zu stärken, was Dieter Goldschmitt mit Freude und Genugtuung aufnahm.

Abschließend dankte Nelius dem Firmenchef für seine Heimatverbundenheit, sein soziales Engagement, für sein vorbildliches Engagement und die Sicherung der über hundert Arbeitsplätze sowie für die Bereicherung



der Region durch eine gesunde Mischung von „Technischen Produkten und Events“

MdL Nelius besorgt über die Entwicklung der Förderung alternativer Energien

Bei der Eröffnung des Solarparks Dittwar bei Lauda sah es alles andere als nach der Sonne aus, die für die Stromgewinnung aus der riesigen Freiflächensolaranlage gebraucht wird. Der Wind zerrte an dem aufgestellten Zelt. Aber das tat der grundsätzlich positiven Stimmung keinen Abbruch.

Dennoch passten die grauen Wolken am Himmel. Mit dem schrittweisen Abbau der Einspeisevergütung hatte so schnell keiner gerechnet.

Kurz vor der Einweihung der Anlage hatte das Bundeskabinett die Solarstromförderung gekürzt. Die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten Neuregelungen sehen vor, die Fördersätze zum 9. März einmalig um 20 bis 30 Prozent zu senken.

Von Mai an soll die Förderung monatlich um weitere 0,15 Cent zurückgefahren werden.

Die Kosten für den Bau und die Erschließung des Solarparks betragen rund vier Millionen Euro. Die Fläche der Anlage misst insgesamt acht Hektar, davon sind drei Hektar Ausgleichsfläche.

„Es sieht aus, als ob dieser Solarpark der letzte seiner Art sein wird“, sagte SPD-Kreisvorsitzender Joachim Thees, Vorstand der Genossenschaft. Wenn sich die Bürgerenergie noch einmal entschließen sollte, eine weitere Freiflächensolaranlage in Betrieb zu nehmen, „dann im Wesentlichen mit Billigprodukten aus Fernost“, machte Thees seinem Ärger über die Preispolitik Luft. „Hier werden Ergebnisse mit einem dicken Hammer gemacht.“ Seiner Meinung nach haben damit die deutschen Hersteller von Solarmodulen und Wechselrichtern den Dolchstoß bekommen.

„Ich bitte Sie, lassen Sie uns nicht im Regen stehen“, sagte er direkt an Schmiedel und Nelius gewandt.

„Der Main-Tauber-Kreis ist wirklich Vorreiter in allen Bereichen der regenerativen Energie. So wünschen wir uns das für das ganze Land. Wir haben genügend Wind und Sonne, um wesentliche Teile der Energie hier zu gewinnen. Denn das bringt uns Arbeit vor Ort“, so der Ehrengast Claus Schmiedel. In Bezug auf die sinkende Einspeisevergütung sagte er: „Dranbleiben. Denn der Pfad ist richtig. Und Rückschläge muss man aushalten.“

„Wir hatten in den letzten Jahren einen gigantischen Zubau an Solaranlagen, der über den Erwartungen lag. Ich bin trotz aller Sorge immer noch zuversichtlich, dass wir trotz Förderkürzungen erleben werden, dass Fotovoltaik-Anlagen nach wie vor errichtet werden. Aber wahrscheinlich auf einem Niveau, das verträglicher ist, gerade wegen der Frage des künftigen Netzausbaus“, ergänzte Nelius.

„Gerade der Netzausbau ist mich eine der Schlüsselkomponenten, wenn wir die Energiewende mit einem aus-



gewogenen Mix erneuerbarer Energieträger schaffen wollen“, so der Landtagsabgeordnete Nelius bei Gesprächen mit den Betreibern des Solarparks.

Landesmittel für die Altstadtsanierung

Die grün-rote Landesregierung stellt 177 Millionen Euro im Jahr 2012 für die städtebauliche Erneuerung bereit. Auch die Stadt Mosbach kommt in den Genuss von Mitteln aus dem Förderprogramm. „Das Projekt Innenstadtsanierung erhält 2 Mio. Euro. Damit können endlich viele Maßnahmen zur Stärkung der Altstadt verwirklicht werden“, freut sich der Abgeordnete Georg Nelius.

Die Nachfrage nach Fördermitteln aus den Programmen der städtebaulichen Erneuerung ist in den baden-württembergischen Städten und Gemeinden wie in den vergangenen Jahren vier bis fünf Mal so hoch wie das zur Verfügung stehende Bewilligungsvolumen. Umso mehr freue er sich, dass Mosbach berücksichtigt wurde.

Dank der nun fließenden Fördermittel werde nicht nur die Stadt als solche profitieren, sondern auch die örtliche und regionale Bau- und Ausbauwirtschaft. „Dies ist nicht nur ein guter Tag für die Baufirmen, sondern vor allem für die Beschäftigten in Handwerk und Bauwirtschaft“, erklärte Nelius.

Da nach wirtschaftswissenschaftlichen Studien jeder Euro in der Städtebauförderung bis zu acht Euro an öffentlichen und privaten Folgeinvestitionen auslösen kann, geht Nelius davon aus, dass sich die Maßnahme weit über den konkreten Förderbetrag hinaus positiv in Mosbach und der Region auswirken wird.

Die Landesregierung fördert mit dem millionenschweren Programm städtebauliche Maßnahmen, die der zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadt- und Ortsentwicklung dienen und die Funktion der Städte als Wirtschafts- und Wohnstandort stärken. Mit ihrem bewährten Förderansatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ leistet die Städtebauförderung einen wichtigen Beitrag zur Verringerung des Flächenverbrauchs in den Städten und Gemeinden. „Die Städtebauförderung stützt die örtliche Identität und Attraktivität, verbessert die wirtschaftliche Leistungskraft, stärkt die soziale Stabilität und beschleunigt die energetische Modernisierung“, erklärte Georg Nelius.

Fördermittel für Wasserwirtschaft

Doch MdL Nelius hat noch weiteren Grund zur Freude: Aus dem diesjährige Förderprogramm „Wasserwirtschaft und Altlasten“, mit einem Volumen von 118, Mio. Euro, fließen über 1,25 Mio. in den Neckar-Odenwald-Kreis. „Damit werden wichtige Impulse gesetzt und die Kommunen bei ihren Aufgaben merklich unterstützt“, kommentiert Nelius.

Beim harten Ringen hinter den Kulissen konnte Georg Nelius massiv punkten: Hardheim erhält 336.500 € für



den Wasserleitungsbau (Bauabschnitt 5/6), Obrigheim 395.100 € für die Erweiterung der Schlammbehandlungsanlage im Verbandsklärwerk und für Sanierungsmaßnahmen am Hochwasserrückhaltebecken Heiligenbach, Buchen 138.000 € für die Geschieberückhaltestation Eberstadt und die Umgestaltung der Querbauwerke Morre, Waldbrunn 159.100 € für die Kanalisierung Mülbens, Mudau 70.000 € für den Erwerb von Gewässerstreifen entlang der Elz, Osterburken 49.000 € für den Erwerb von Gewässerstreifen entlang des Rinschbachs und Seckach bzw. der Zweckverband Hochwasserschutz Seckach-Kirnau 115.000 € für die Umgestaltung der Querbauwerke Seckach und Hilsbach sowie die Sanierung des Hochwasserrückhaltebeckens 26 Sindolsheim-Kirnau.

„Mir ist wichtig, dass diese Investitionen direkt in den Umweltschutz fließen und so unmittelbar zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger beitragen. Damit wird unmittelbar die Qualität unserer Gewässer nachhaltig auf einem guten Niveau stabilisiert oder sogar noch weiter verbessert. Zudem wird die Versorgung mit qualitativ sehr gutem Trinkwasser, auch auf lange Sicht, sichergestellt“, so SPD-MdL Nelius.

Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius
Badgasse 7, 74821 Mosbach
Telefon (0 62 61) 91 49 17
Telefax (0 62 61) 91 49 18
buero@georg-nelius.de
www.georg-nelius.de

Verantwortlich:
Georg Nelius

Gestaltung/ Bilder:
G. Nelius/ K. Weidlich

SPD